

# Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter

# NWVBL

**Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung**

**Herausgeber:**

Professor Dr. Dr. h. c. Klaus Stern  
Universität zu Köln  
(geschäftsführend)

Professor Dr. Peter J. Tettinger  
Ruhr-Universität Bochum  
(geschäftsführend)

Dr. Klaus Bilda  
Präsident des Landgerichts  
Bielefeld

Dr. Wilderich Fehrmann  
Vizepräsident des Oberver-  
waltungsgerichts für das Land  
Nordrhein-Westfalen

Dr. Klaus Dieter Leister  
Staatssekretär a. D.

Erwin Schleberger  
Regierungspräsident Münster

**Schriftleitung:**

Dr. Volker Warendorf  
Vorsitzender Richter  
am Verwaltungsgericht

# 1989

**3. Jahrgang**



RICHARD BOORBERG VERLAG STUTTGART · MÜNCHEN · HANNOVER

---

## Beirat:

Professor Dr. Ulrich BATTIS, FernUniversität Hagen  
Bürgermeister Hans Gottfried BERNRATH MdB,  
Vizepräsident des Deutschen Städte- und  
Gemeindebundes, Grevenbroich  
Professor Dr. Hans-Uwe ERICHSEN, Universität Münster  
Dr. Hermann FECHTRUP, Oberstadtdirektor a. D.  
der Stadt Münster  
Professor Dr. Rolf GRAWERT, Ruhr-Universität Bochum  
Ernst-Jürgen KRATZ, Vizepräsident des OLG Düsseldorf  
und Vorsitzender des Justizprüfungsamtes  
Hans K. LEHNE, Präsident der Rechtsanwaltskammer  
Düsseldorf  
Dr. h. c. Adalbert LEIDINGER, Direktor des Landkreistages  
NW, Düsseldorf

Professor Dr. Fritz OSSENBUHL, Universität Bonn  
Professor Dr. Hans-Jürgen PAPIER, Universität Bielefeld  
Heinrich RASCHER-FRIESENHAUSEN, Präsident des  
Landesjustizprüfungsamtes in NW, Düsseldorf  
Professor Dr. Wolfgang RUFNER, Universität zu Köln  
Stadtdirektor a. D. Franz-Josef SCHMITT,  
Vorstandsmitglied Rheinisch-Westfälisches  
Elektrizitätswerk AG, Essen  
Dr. Benno WEIMANN, Vorstandsvorsitzender  
Gelsenwasser AG a. D., Gelsenkirchen  
Professorin Sabine ZECH, FH für Finanzen NW und  
Oberbürgermeisterin der Stadt Hamm

---

## Impressum

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Volker Währendorf, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Gelsenkirchen.

### Anschrift der Schriftleitung:

Lehrstuhl Prof. Dr. Tettinger, Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102 148, 4630 Bochum 1, Tel.: (0234) 700-5275 oder (0209) 1701-133.

Sämtliche mit Verfasserangabe versehenen Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht in jedem Fall die der Schriftleitung oder der Herausgeber dar. Für inhaltliche Richtigkeit der veröffentlichten Lösungsskizzen wird von der Schriftleitung eine Gewähr nicht übernommen. Unverlangten *Manuskripten* ist Rückporto beizufügen; es wird für sie keine Haftung übernommen. Beiträge werden nur angenommen, wenn sie ausschließlich den Nordrhein-Westfälischen Verwaltungsblättern zum Abdruck angeboten sind. *Rezensionsexemplare* sind unmittelbar der Schriftleitung zur Besprechung anzubieten.

*Verlag:* Richard Boorberg Verlag GmbH & Co, Scharrstraße 2, Postfach 800 260, 7000 Stuttgart 80. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hermann Ruckdeschel. *Anzeigenverwaltung:* AWG Agentur für Verlags- u. Wirtschaftswerbung GmbH, Emilienstr. 5, 7000 Stuttgart 80, Tel. (07 11) 73 1990. *Erscheinungsweise:* am 1. jeden Monats. *Bezugspreise:* monatlich im Abonnement DM 16,10; für Studenten und Referendare (gegen Nachweis) monatlich im Abonnement DM 12,90 jeweils zuzüglich Versandkosten. Die Berechnung der Abonnements erfolgt jährlich im voraus. Einzelheft DM 16,20 zuzüglich Versandkosten. *Bestellungen* nehmen der Verlag und alle Buchhandlungen entgegen. Abbestellungen können frühestens zum nächsten Quartalsende gültig werden, wenn sie sechs Wochen vorher dem Verlag vorliegen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Herstellung: Rombach GmbH Druck- und Verlagshaus, 7800 Freiburg i. Br.

## Zur Mitwirkung des einzelnen bei der Wiederverwertung von Abfällen sowie bei der Behandlung von Sondermüll und Bauabfällen\*

Von Rechtsreferendar und Wissenschaftliche Hilfskraft Christoph Becker, Dozent an der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Köln

*Zum Themenschwerpunkt des 9. Verwaltungsrichtertages gehörte das Abfallbeseitigungsrecht. In Ergänzung hierzu beschäftigt sich der Verf. mit der Frage, ob Gemeinden oder Abfallbeseitigungsverbände durch Satzung den einzelnen Abfallbesitzer zwingend anhalten können, den bei ihm entstandenen und wiederverwertbaren oder gefährlichen Abfall in öffentlich zugängliche Sammelbehälter zu verbringen.*

### 1. Zur Mitwirkung des einzelnen bei der Wiederverwertung von Abfällen

#### a) Bedürfnis nach Wiederverwertung

In den letzten Jahren wurde das Bewußtsein dafür wieder lebendiger, daß nicht alle Sachen, derer sich ihr Besitzer entledigen will, nur noch in einer Abfalldeponie gelagert werden können. Nachdem für die Menschen in den Industrieländern die Bezeichnung als „Wegwerfgesellschaft“ geprägt worden ist, rückt mehr und mehr die Möglichkeit der Wiederverwertung von Abfällen in das Blickfeld der Allgemeinheit. Die Schonung der natürlichen Rohstoffvorräte, vor allem aber Gründe des Umweltschutzes gebieten es, soweit wie möglich Abfälle dem Wirtschaftskreislauf wieder zuzuführen. Abfallagerstätten lassen sich weder endlos vergrößern noch beliebig vermehren. Schon heute birgt jede Deponie unerträgliche Gefahren für unsere Umwelt. Zudem ist Güterherstellung unter Wiederverwertung in nahezu allen Bereichen weit aus umweltverträglicher zu gestalten als die Gewinnung „frischer“ Rohstoffe und die Produktion aus diesen „frischen“ Rohstoffen.

#### b) Heranziehung des einzelnen bei der Wiederverwertung?

Mittlerweile besteht in fast allen nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit, Abfälle der Wiederverwertung zuzuführen. Hierzu wird oft ein mehr oder minder dichtes Netz von öffentlich zugänglichen Altpapier- und Altglas-Sammelbehältern, vereinzelt auch von Altkunststoff- und Altmittel-Containern errichtet. Verbreitet stellt man auch den Abfallbesitzern wegen ihrer überwiegenden Farbgebung sogenannte „grüne Mülltonnen“ zur Verfügung, das heißt, zusätzlich zu den üblichen Abfallbehältern finden gesonderte Abfallbehälter für wiederverwertbare Stoffe Verwendung. Schließlich gibt es die Abfalldeponie mit eigener Sortieranlage. Dort werden aus dem einheitlich eingesammelten und angelieferten Müll die wiederver-

wertbaren Stoffe herausgefiltert. Als Modellprojekt ist hier die im Oktober 1981 in Betrieb genommene und mit Erfolg arbeitende Rohstoffrückgewinnungsanlage in Neuss zu nennen.

Die Müllhalden werden durch solche Maßnahmen zwar bislang nur von ihrer Art nach verhältnismäßig harmlosen Stoffen, dafür aber in einem ganz erheblichen Umfang entlastet und ihr Wachstum verlangsamt. So kamen zum Beispiel im Jahre 1987 in den im Bereich der Stadt Köln zur freiwilligen Benutzung aufgestellten Altpapier- und Altglas-Containern 11211 Tonnen Altpapier und 10109 Tonnen Altglas zusammen<sup>1</sup>. Dies machte nach optimistischer amtlicher Schätzung etwa die Hälfte des insgesamt im Jahre 1987 in Köln im Abfall enthaltenen Altpapiers und Altglases aus<sup>2</sup>.

Im allgemeinen besteht eine hohe Bereitschaft der Abfallbesitzer – ob private Haushalte, Betriebe oder sonstige –, daran mitzuwirken, daß wiederverwertbare Stoffe auch tatsächlich der Wiederverwertung zugeführt werden können. Wie in jeder Frage muß man aber auch hier soweit und solange wie möglich den Grundsatz der Freiwilligkeit pflegen. Zwang hingegen darf auch bei bester Absicht nur dann angewandt werden, wenn er unumgänglich ist. Dies wird zuweilen nicht bedacht. So lautet § 6 der am 1. 1. 1988 in Kraft getretenen Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Köln (Abfallsatzung) vom 22. 12. 1987<sup>3</sup> in Anlehnung an die Leitfassung des Deutschen Städtetages für eine Satzung über die Abfallbeseitigung<sup>4</sup>:

\* Während der Drucklegung ist das neue LABfGNW in Kraft getreten. Im Folgenden ist mit „LABfGNW a. F.“ das Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz) vom 18. 12. 1973 (GVBl. NW, Seiten 562 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. 11. 1984 (GVBl. NW, Seiten 679 ff.), bezeichnet; dagegen meint „LABfGNW n. F.“ das Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz) vom 21. 6. 1988 (GVBl. NW, Seiten 250 ff.).

1 Kölner Stadtanzeiger, Ausgabe K vom 27. 1. 1988, Seite 18.

2 Wie zuvor Fußnote 1.

3 Amtsblatt der Stadt Köln, Nummer 56 vom 30. 12. 1987, Seiten 159 ff.

4 Der Deutsche Städtetag, Lindenallee 13–17, 5000 Köln 51, hat die Leitfassung mit Rundschreiben vom 3. 7. 1987 unter anderem seinen Mitgliedern zugesandt. Sie findet sich gedruckt im Anhang zum Bericht der Bundesregierung über den Vollzug des Abfallgesetzes vom 27. 8. 1986, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 11. Wahlperiode, Drucksachen, Band 352 (1987), Drucksache 11/756 vom 1. 9. 1987, Seiten 61 ff.

## § 6 Anschluß- und Benutzungszwang

(1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist im Rahmen der Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlußzwang).

(2) Der Anschlußpflichtige und jeder andere Abfallbesitzer ist verpflichtet, im Rahmen der Satzung die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm angefallenen Abfälle der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen (Benutzungszwang). Er hat zur Wiederverwertung geeignetes Altpapier und -glas getrennt zu den von der Stadt bekanntgegebenen Depotcontainern zu bringen.

(3) ...

Derartige kommunale Vorschriften wie § 6 Abs. 2 Satz 2 der Kölner Abfallsatzung, welche jeden einzelnen Abfallbesitzer und sogar jeden einzelnen Grundstückseigentümer verpflichten sollen, selbst einen (mengenmäßig erheblichen) Teil des bei ihm oder zumindest auf seinem Grundstück anfallenden Abfalls zu mehr oder weniger weit entfernten Sammelbehältern zu transportieren, mögen wohl gemeint sein. Sie sind jedoch rechtswidrig und damit<sup>5</sup> nichtig. Das soll im Folgenden gezeigt werden. Dabei wird zugunsten der Satzungsgeber sogar vorausgesetzt, daß solche Vorschriften nur diejenigen Altstoffe betreffen, welche den subjektiven Abfallbegriff des § 1 Abs. 1 Satz 1, 1. Möglichkeit AbfG erfüllen; das heißt, es handelt sich hier lediglich um diejenigen wiederverwertbaren Stoffe, deren sich ihre Besitzer ausschließlich entledigen wollen, während es den Besitzern unbenommen bleiben soll, Altstoffe, welche nicht im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 1, 2. Möglichkeit AbfG objektiv Abfall darstellen, etwa einer karitativen Sammlung zukommen zu lassen und sie solange bei sich zurückzuhalten<sup>6</sup>.

## c) AbfG und LabfGNW

§ 3 Abs. 2 Satz 1 AbfG legt die Pflicht zur Abfallentsorgung den nach Landesrecht zuständigen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf. Dies sind in Nordrhein-Westfalen gemäß § 1 Abs. 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 1 Satz 1 LabfGNW n. F. grundsätzlich die kreisfreien Städte und die Kreise, gegebenenfalls gemäß § 1 Abs. 3 LabfGNW a. F./§ 6 Abs. 1 LabfGNW n. F. Abfallbeseitigungsverbände (Abfallentsorgungsverbände). Damit ist unter anderen die Stadt Köln, welche die oben aufgezeigte Satzungsvorschrift erlassen hat, beseitigungspflichtige Körperschaft. Die Betrauung der Stadt- und Landkreise und nicht etwa ausschließlich der Gemeinden mit ihrem (im Falle der Kreisangehörigkeit) kleineren räumlichen Wirkungsbe- reich hat ihren guten Grund. Abfallbeseitigung muß heute in der dichtbesiedelten Bundesrepublik Deutschland und zumal in Nordrhein-Westfalen großräumig angelegt sein. Mit Fug kann sogar bezweifelt werden, ob nicht selbst die kreisfreien Städte und Kreise hierfür ungeeignet sind<sup>7</sup>. Zumindest fällt es heutzutage schwer, die Abfallbeseitigung noch als kommunale Selbstverwaltungsangelegenheit anzusehen<sup>8</sup>.

Die Abfallbeseitigung umfaßt nach § 3 Abs. 2 Satz 3 AbfG, § 1 Abs. 2 Satz 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 2 LabfGNW n. F. das Einsammeln; Befördern, Behandeln und Lagern von Abfällen, wobei immer so vorzugehen ist, daß die Möglichkeiten der Wiederverwertung genutzt werden können. Innerhalb der Kreise fällt gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 2 LabfGNW n. F. in Abweichung vom Grundsatz des § 1 Abs. 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 1 Satz 1 LabfGNW n. F. das Einsammeln und Befördern den kreisangehörigen Gemeinden zu. Für die kreisfreien Städte ergibt sich die Pflicht zum Einsammeln und Befördern bereits aus § 1 Abs. 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 1 Satz 1 LabfGNW n. F. Gegebenenfalls ist das Einsammeln und Befördern Angelegenheit von aufgrund § 1

Abs. 3, Abs. 4 LabfGNW a. F./§ 6 Abs. 1 LabfGNW n. F. gebildeten Abfallbeseitigungsverbänden.

Aus dem Gesetzeswortlaut, nämlich aus der Reihenfolge der Benennung der einzelnen Teilpflichten, ergibt sich zum einen, daß das Einsammeln dem Befördern zeitlich voranzugehen hat. Schon dies bedeutet für die abfallbeseitigungspflichtige Körperschaft, den Abfall da, wo er verursacht wird, an sich nehmen und von dort wegschaffen zu müssen. Zum anderen gilt es zu beachten, daß vom Einsammeln und nicht etwa nur vom Sammeln die Rede ist. Sammeln könnte vielleicht allein das Zusammenfassen von eintreffenden Gegenständen verlangen. Einsammeln jedenfalls beinhaltet das Aufsuchen von zusammenzufassenden Gegenständen an der Stelle, wo sie frühestmöglich erfaßt werden können, also da, wo sie anfallen<sup>9</sup>. Erst nach dem Aufsuchen geschieht die Zusammenfassung und danach wiederum die Beförderung. Schließlich legt § 3 Abs. 1 AbfG dem Abfallbesitzer lediglich die Verpflichtung auf, seinen Abfall dem Beseitigungspflichtigen zu überlassen. Von einer Pflicht, die Abfälle wenigstens auf einer Teilstrecke zu den Abfallbeseitigungsanlagen hinzubringen, wird bewußt nicht gesprochen. Die Abfallbeseitigung soll eben nicht in der Verantwortung des einzelnen liegen, weil das zu unsicher wäre<sup>10</sup>. An allen drei ineinander übergreifenden Überlegungen zeigt sich, daß die beseitigungspflichtigen Körperschaften so dicht wie möglich an die Abfälle herangehen müssen, um sie von dort fortzuschaffen, das heißt zu befördern im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 3 AbfG, § 1 Abs. 2 Satz 1 LabfGNW a. F./§ 5 Abs. 2 LabfGNW n. F. Mindestens bis an die Grenze des Grundstücks, auf dem der jeweilige Abfallbesitzer seinen Abfall verursacht, oder doch so weit, wie die Verkehrswege es erlauben, haben sich daher das Müllabfuhrfahrzeug und das Bedienungspersonal zu nähern<sup>11</sup>. Von dort aus ist der Ab-

5 Zur Nichtigkeit rechtswidriger kommunaler Satzungen oder von Teilen derselben siehe allgemein F. O. Kopp, Verwaltungsgerichtsordnung, 7. Auflage, München 1986, Randnummer 63 zu § 47 VwGO; E. Rehn/U. Cronauge, Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Kommentar, Loseblatt, Band 1, Siegburg, Anmerkung II.4 zu § 4 GONW (Seite B 1 50; Stand: April 1980); E. Schmidt-Abmann, in: J. v. Münch, Besonderes Verwaltungsrecht, 7. Auflage, Berlin/New York 1985, Abschnitt „Kommunalrecht“ V. I. d. (Seite 158).

6 Vgl. OVG NW, Urt. vom 8. 9. 1987 – 22 A 2281/85, NWVBL 1988, 44, 45 = DÖV 1988, 307 = NVwZ 1988, 561, in einem Fall zwangsweiser Einführung der sogenannten „grünen Mülltonnen“.

7 Vgl. G. Hösel/H. v. Lersner, Recht der Abfallbeseitigung des Bundes und der Länder, Kommentar, Loseblatt, Band 1, Berlin, Abschnitt 1130, Randnummer 10 zu § 3 AbfG (Stand: Juli 1985); A. Hoschützky, Recht der Abfallwirtschaft, Kommentar zum Abfallbeseitigungsgesetz, Loseblatt, Köln, Abschnitt B 1, Anmerkungen 2.1 und 2.2 zu § 3 AbfG (Stand: September 1974); P. Teitinger, Randnotizen zum neuen Recht der Abfallwirtschaft, in: GewArch 1988, 41, 46.

8 Vgl. BVerwG, Urt. v. 4. 8. 1983 – 7 C 2.81, BVerwGE 67, 321, 326 ff. = DÖV 1984, 164, 166 = DVBl. 1983, 1152, 1154 = NVwZ 1984, 176, 177 f.; E. Franßen, in: J. Salzwedel, Grundzüge des Umweltrechts, Berlin 1982, Kapitel „Abfallrecht“, Abschnitt IV.1 (Seite 416); Ph. Kunig, in: Ph. Kunig/G. Schwermer/L.-A. Versteil, Abfallgesetz, München 1988, Randnummer 29 zu § 3 AbfG.

9 Aus dem bloßen Auftrag, Abfälle zu sammeln, ließe sich aber notfalls auch schon die Verpflichtung herauslesen, die vom Abfallbesitzer lediglich bereitgestellten Abfälle abzuholen; siehe E. Barfels, Abfallrecht, Köln 1987, Seite 41.

10 Vgl. G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7); A. Hoschützky, a. a. O. (oben Fußnote 7), Anmerkung 2.2 zu § 3 AbfG.

11 Vgl. G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7), Randnummer 5 zu § 3 AbfG (Stand: Juli 1985). Ph. Kunig, a. a. O. (oben Fußnote 8), Randnummer 18 zu § 3 AbfG, hält dagegen die Einrichtung von Sammelstellen in nicht zu weiter Entfernung vom Entstehungsort des Abfalls noch für genügend, um der Pflicht zum Einsammeln nachzukommen; er fügt aber ausweichend hinzu, „im Grundsatz“ bleibe zu beachten, daß der Abfallbesitzer nur zur Überlassung verpflichtet sei.

fall durch die beseitigungspflichtige Körperschaft zu befördern im Sinne der Abfallgesetze und nicht auch nur auf einer Teilstrecke und auch nur hinsichtlich eines Teils des Abfalls durch den Abfallbesitzer. Eben dies beinhaltet auch der Abfallbeseitigungsanspruch des einzelnen Abfallbesitzers gegen die beseitigungspflichtige Körperschaft, den man § 3 Abs. 2 Satz 1 AbfG entnimmt<sup>12</sup>.

Der Grundstückseigentümer im übrigen wird als solcher weder im AbfG noch im LABfGNW zur aktiven Mitwirkung bei der Abfallüberlassung oder gar der sich anschließenden Abfallbeseitigung in die Pflicht genommen<sup>13</sup>. Er könnte auch in der Regel allein in seiner Eigenschaft als Grundstückseigentümer schon tatsächlich nicht sinnvoll Hand anlegen.

#### d) Vorrang des Gesetzes

Die beseitigungspflichtigen kreisfreien Städte, Kreise und kreisangehörigen Gemeinden, gegebenenfalls Abfallbeseitigungsverbände<sup>14</sup> sind durch § 5 Abs. 1 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LABfGNW n. F. ermächtigt und verpflichtet, Satzungen zur Regelung der Abfallbeseitigung zu erlassen. Insbesondere können und müssen die Gemeinden und gegebenenfalls die Abfallbeseitigungsverbände gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 2 LABfGNW n. F. das Überlassen der Abfälle durch den Abfallbesitzer nach Art und Weise, Ort sowie Zeit regeln. Da die Gemeinden und die Abfallbeseitigungsverbände Verwaltungsträger sind und auch der Erlass von Satzungen Verwaltungstätigkeit darstellt, unterliegen die Satzungen gemäß Art. 20 Abs. 3 GG dem Vorrang des Gesetzes<sup>15</sup>. Ein Verstoß dagegen macht zumindest den entsprechenden Teil der Satzung rechtswidrig und damit nichtig<sup>16</sup>.

Dies beinhaltet zunächst, daß die Körperschaften die allein ihnen auferlegte Beseitigungspflicht durch Satzung weder völlig noch teilweise abwälzen dürfen. Der Abfallbesitzer insbesondere tut seiner Pflicht aus § 3 Abs. 1 AbfG, seine Abfälle dem Beseitigungspflichtigen zu überlassen, Genüge, wenn er die Abfälle dort zugänglich macht, wo sie abgeholt werden müssen<sup>17</sup>. Die sich anschließende Beförderung darf ihm nach dem Willen des Gesetzgebers nicht einmal für eine Teilstrecke aufgetragen werden. Erst recht darf man nicht den einzelnen Grundstückseigentümer allein in dieser Eigenschaft damit betrauen.

Die kommunale Satzung kann aber auch ebensowenig die einzelnen Abfallbesitzer oder gar die Grundstückseigentümer heranziehen, um sich ihrer als Dritter gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 AbfG zur Erfüllung der Abfallbeseitigungspflicht zu bedienen. Denn der einzelne ist nicht Dritter im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 2 AbfG<sup>18</sup>. Die vom Gesetzgeber gezielt angelegte<sup>19</sup> Betrauung der öffentlichen Hand mit der Abfallbeseitigung würde unterlaufen.

Weiter ist es nicht möglich, wiederverwertbare Stoffe wie Altpapier oder Altglas allgemein unter Berufung von § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LABfGNW a. F./§ 8 LABfGNW n. F. durch Satzung von der öffentlichen Abfallbeseitigung auszunehmen und damit die Beseitigungspflicht insgesamt oder auch nur die Beförderungspflicht nach § 3 Abs. 4 AbfG, § 5 Abs. 1 Satz 4 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 5 LABfGNW n. F. dem Abfallbesitzer<sup>20</sup> zu übertragen. Denn der Ausschluß gemäß § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LABfGNW a. F./§ 8 LABfGNW n. F. setzt voraus, daß die betreffenden Abfälle nach Art oder Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen, das heißt nicht mit dem

Hausmüll beseitigt werden können. In den privaten Haushalten fallen aber nun einmal wiederverwertbare Stoffe wie Altpapier und Altglas an. Das bedeutet, daß zumindest der Hausmüll ausnahmslos von den beseitigungspflichtigen Körperschaften zu entsorgen ist. Höchstens käme in Betracht, außerhalb privater Haushalte anfallende Altstoffe von allen Stufen der Abfallbeseitigung auszuschließen oder sie lediglich vom Einsammeln und Befördern auszunehmen und in diesem Falle den Transport zur Abfallbeseitigungsanlage gemäß § 5 Abs. 1 Satz 4 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 5 LABfGNW n. F. dem Abfallbesitzer aufzubürden. Dies ließe sich aber nicht mit der Art der Abfälle, sondern nur mit der Menge der Altstoffe begründen. Hierzu müßten die beseitigungspflichtigen Körperschaften gewissenhaft prüfen, ob ihnen die Beseitigung mit dem Hausmüll tatsächlich nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist<sup>21</sup>. Regelmäßig wird sich danach allenfalls die Nennung von Höchstmengen, bis zu denen auch etwa gewerblich anfallende Altstoffe abgefahren werden, vertreten lassen<sup>22</sup>.

#### e) Vorbehalt des Gesetzes

Zu dem Verstoß gegen den in Art. 20 Abs. 3 GG niedergelegten Vorrang des Gesetzes tritt ein Verstoß gegen den ebenfalls in Art. 20 Abs. 3 GG verankerten Vorbehalt des Gesetzes. Denn kommunale Satzungen dürfen nur aufgrund gesetzlicher Ermächtigung erlassen werden, da es sich hierbei – wie bereits gesagt<sup>23</sup> – um Verwaltungstätigkeit handelt.<sup>24</sup>

Weil, wie gezeigt<sup>25</sup>, AbfG und LABfGNW die Abfallbeseitigung grundsätzlich auf Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragen, kann man insbesondere nicht der Sat-

- 12 Allgemein zum Abfallbeseitigungsanspruch des einzelnen siehe G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7); M. Klopfer, Gewerbemüllbeseitigung durch Private, in: VerwArch 70 (1979), 195, 197 f. Zum Begriff des Einsammelns vgl. BVerwG, Urt. v. 11. 2. 1983 – 7 C 45.80, BVerwGE 67, 8, 11 ff. – DVBl. 1983, 637, 638.
- 13 Siehe hierzu näher G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7), Randnummer 4 zu § 3 AbfG (Stand: Juli 1985).
- 14 Außer Betracht bleibt hier der Sonderfall des Abfallbeseitigungsverbandes im Sinne von §§ 2 Abs. 2, 5 Abs. 3 LABfGNW a. F./§§ 6 Abs. 4, 9 Abs. 4 LABfGNW n. F., in dem gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 LABfGNW a. F./§ 6 Abs. 4 Satz 1 LABfGNW n. F. ausschließlich oder überwiegend Abfallbesitzer zusammengeschlossen sind, welche selbst die Beseitigungspflicht tragen, soweit ihre Abfälle nach § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LABfGNW a. F./§ 8 LABfGNW n. F. von der Entsorgung ausgeschlossen wurden, weil sie nach Art oder Menge nicht mit dem Hausmüll beseitigt werden können.
- 15 E. Schmidt-Aßmann, a. a. O. (oben Fußnote 5), V. I. b. (Seite 155).
- 16 Siehe oben b) mit Fußnote 5.
- 17 Zum Abholort siehe oben c).
- 18 G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7), Randnummer 14 zu § 3 AbfG (Stand: Juli 1985).
- 19 Siehe oben c).
- 20 Der einzelne Grundstückseigentümer als solcher wird schon von vornherein nicht durch § 3 AbfG, §§ 4, 5 Abs. 1 Satz 4 LABfGNW a. F./§§ 8, 9 Abs. 1 Satz 5 LABfGNW n. F. erfaßt.
- 21 Siehe die Begründung zum Regierungsentwurf des AbfG, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 1971, Drucksache VI/2401, zu § 3 Abs. 3 AbfG (Seite 12); M. Klopfer, a. a. O. (oben Fußnote 12), Seiten 198 ff.
- 22 Verschiedene Berechnungsmöglichkeiten stellt M. Klopfer, a. a. O. (oben Fußnote 12), Seiten 203 f., vor.
- 23 Siehe oben d).
- 24 H. Bethge, Parlamentsvorbehalt und Rechtssatzvorbehalt für die Kommunalverwaltung, in: NVwZ 1983, 577 ff.; E. Schmidt-Aßmann, a. a. O. (oben Fußnote 5), V. I. b. (Seiten 155 f.); K. Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 1, 2. Auflage, München 1984, § 20.IV.4.c (Seiten 820 f.); vgl. BVerfG, Beschluß vom 9. 5. 1972 – 1 BvR 518/62 und 308/64, BVerfGE 33, 125, 155 ff. – DÖV 1972, 748, 749 f. – DVBl. 1972, 917, 918 f. – NJW 1972, 1504, 1506.
- 25 Siehe oben c) und d).

zungsgebungsermächtigung in § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. auch eine Ermächtigung entnehmen, den einzelnen über die dargelegten<sup>26</sup> Ausnahmen hinaus generell zur Abfallbeförderung heranzuziehen. Anschluß- und Benutzungszwang darf der Satzungsgeber gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 3 LAbfGNW n. F. nur insoweit herstellen, als er dem Gesetz entsprechend die ihm obliegende Abfallbeseitigung wahrnimmt. Nicht dagegen kann Anschluß an Entsorgungseinrichtungen und deren Benutzung aufgezwungen werden, wenn dies nicht im Einklang mit AbfG und LAbfGNW steht.

Es bedarf auch keiner Erörterung, daß Abfallbefördern nicht etwa einen überkommenen Hand- oder Spanndienst im Sinne von Art. 12 Abs. 2 GG darstellt<sup>27</sup> oder gar eine ehrenamtliche Tätigkeit im Sinne von § 20 Abs. 1 GONW beziehungsweise ein Ehrenamt im Sinne von § 20 Abs. 2 GONW ist. Eine Heranziehung des einzelnen durch gemeindliche Satzung nach § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. oder nach § 4 Abs. 1 GONW unter einem dieser Gesichtspunkte verbietet sich schon deshalb ebenfalls.

Endlich liefert auch nicht allein für sich genommen § 4 Abs. 1 GONW den Gemeinden eine Handhabe, dem einzelnen die Beförderung von Abfällen auch nur auf einer Teilstrecke aufzuerlegen. Denn es ist schon zweifelhaft, ob man die Abfallbeseitigung heute noch als Angelegenheit der gemeindlichen Selbstverwaltung – sei es auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinde, sei es auf der Ebene der kreisfreien Stadt – ansehen kann<sup>28</sup>. Darüber hinaus muß man die Regelungen des AbfG und des LAbfGNW, insbesondere die Satzungs Ermächtigung in § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F., als Spezialnormen ansehen, die den Rückgriff auf § 4 Abs. 1 GONW verschließen. Im übrigen würde die allgemeine Ermächtigung zum Erlaß von Satzungen aus § 4 Abs. 1 GONW trotz ihrer verfassungsmäßigen Absicherung in Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG allein nicht solche gemeindlichen Satzungen decken, welche dem einzelnen Handlungspflichten auferlegen und so in seine Freiheit eingreifen; für derartige Satzungen bedarf es vielmehr einer besonderen gesetzlichen Ermächtigung<sup>29</sup>, die indes insbesondere § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F., wie gezeigt, nicht hergibt.

#### f) Zwischenergebnis

Mithin können die in Nordrhein-Westfalen zum Einsammeln und Befördern der Abfälle verpflichteten Gemeinden und Abfallbeseitigungsverbände nicht durch Satzung jeden einzelnen Abfallbesitzer zwingend anhalten, wiederverwertbare Abfallstoffe von dem Grundstück, auf dem der Abfall entsteht, in öffentlich zugängliche Sammelbehälter zu verbringen oder sonst fortzuschaffen. Erst recht kann eine derartige Pflicht nicht wirksam dem einzelnen Grundstückseigentümer allein in dieser Eigenschaft, ohne daß er den Abfall verursacht, auferlegt werden.

Allenfalls kann man außerhalb privater Haushalte anfallende Altstoffe, und auch diese regelmäßig nur von bestimmten Mengen an, von der Beseitigung insgesamt oder lediglich vom Einsammeln und Befördern ausnehmen.

#### g) Unzweckmäßigkeit einer Heranziehung des einzelnen

Überdies erscheint die Heranziehung jedes einzelnen zur Beförderung wiederverwertbarer Abfälle als ungeeignetes Mittel, die Bedürfnisse der Abfallbeseitigung und der Wiederverwertung in Einklang zu bringen und beider Schwierigkeiten Herr zu werden:

Niemand kann ernsthaft erwarten, daß jeder einzelne Abfallbesitzer in jeweils kurzen Zeitabständen, das heißt täglich oder auch nur wöchentlich, seine Altstoffe zu den mehr oder weniger weit entfernten Sammelbehältern hintragen wird. Kranken, Gebrechlichen und Alten fehlt dazu die Kraft. Berufstätige, Hausfrauen und -männer haben durchaus anderes zu tun, als den Gemeinden beziehungsweise Abfallbeseitigungsverbänden beim Abfalleinsammeln und -befördern zur Seite zu stehen. Ein guter Teil der – vielfach kaum vorhandenen – Freizeit ginge für Verrichtungen verloren, die die öffentliche Hand in ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge wahrzunehmen hat. In den privaten Haushalten werden infolgedessen außerhalb der für die Müllabfuhr bestimmten Abfallbehälter kleine Altstoff-Depotien entstehen.

Im Falle des Altpapiers mag man dies in der Regel noch hinnehmen, weil es unter den in privaten Haushalten normalerweise herrschenden Lagerbedingungen nicht verrottet und auch sonst keine Gesundheitsgefahr birgt; immerhin gibt es aber auch räumlich beengte Haushaltungen, in denen einfach der Platz für Altpapieransammlungen fehlt.

Nicht verantwortlich sind indes Altglasansammlungen. Altglas ist mit verderbenden Lebensmittelresten und Rückständen von Chemikalien behaftet. Ein Teil des Altglases besteht aus scharfkantigen Scherben. Die hiervon (keineswegs allein in räumlich beengten Haushalten) ausgehenden Gefahren sind nur dann hinreichend begrenzt, wenn eine regelmäßige, in kurzen Zeitabständen stattfindende Abfuhr gewährleistet ist. Für andere Altstoffe wie Kunststoffe (zum Beispiel Reinigungsmittelbehälter) oder Metalle (zum Beispiel Konservendosen), welche nicht mehr beim Abfallbesitzer abgeholt werden, gilt dies entsprechend. Eben solche Gefahren haben den Gesetzgeber bewogen, die Abfallbeseitigung gerade aus der Verantwortung des einzelnen herauszuheben.

Machen sich nun die einzelnen Abfallbesitzer mit ihren notgedrungen angesammelten Altstoffen auf den Weg zu den Containern, so verwenden sie erfahrungsgemäß nicht selten Kraftfahrzeuge. Dadurch entstehen ihnen nicht unerhebliche Kosten, sie verursachen Lärm, verschwenden Energie und erzeugen Abgase. Regelmäßige, durchorganisierte Müllabfuhr durch eine Hand ist insgesamt unter allen vier Aspekten günstiger. Das An- und Abfahren der Abfallbesitzer bei den Sammelbehältern, das Einfüllen der Altstoffe – insbesondere des Altglases – und das spätere Umfüllen der Altstoffe auf Lastkraftwagen beziehungsweise Austauschen der vollen Container schaffen zudem den Anwohnern unzumutbaren Lärm. In großem Umkreis um die Sammelbehälter verstreut liegen Scherben und

<sup>26</sup> Siehe oben d.

<sup>27</sup> Gleichwohl liegt kein Verstoß gegen das in Art. 12 Abs. 2 GG enthaltene Verbot des Arbeitszwangs vor. Denn Art. 12 Abs. 2 GG untersagt nur die Auferlegung einer persönlich zu erbringenden Dienstleistung – siehe BVerwG, Urteil vom 5. 8. 1965 – 1 C 78.62, BVerwGE 22, 26, 28 f.; R. Scholz, in: Th. Maunz/G. Dürig/R. Herzog/R. Scholz, Grundgesetz, Kommentar, Loseblatt, Band I, München, Randnummer 483 zu Art. 12 GG (Stand: September 1981). Eine Vorschrift wie § 6 Abs. 2 Satz 2 der Kölner Abfallsatzung schließt aber weder nach ihrem Wortlaut noch nach ihrem Sinn die Zuhilfenahme eines Dritten durch den Pflichtigen aus.

<sup>28</sup> Siehe oben c) mit Fußnoten 7 und 8.

<sup>29</sup> H. Bethge a. a. O. (oben Fußnote 24), Seite 579; F. Ossenbühl, in: H.-U. Erichsen/W. Martens, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Auflage, Berlin/New York 1986, Abschnitt „Die Quellen des Verwaltungsrechts“, § 7.VI.3.b (Seite 102); E. Schmidt-Aßmann a. a. O. (oben Fußnote 5) V. I. b (Seiten 155 f.).

ganze Flaschen, Papier und Pappe, Tüten und Kartons, Dosen und Kisten. Man kann froh sein, wenn dies ab und zu beim Leeren beziehungsweise Wechseln der Sammelbehälter beseitigt wird. Ansonsten trägt jederzeit der Wind Papier, Pappe und Tüten weit mit sich fort, und im übrigen sind auch die Container selbst nicht gerade eine Zierde für das Straßen- und Ortsbild.

#### h) „Grüne Mülltonne“ als Alternative

Als Ausweg bietet es sich an, den einzelnen Abfallbesitzern zusätzlich zu den herkömmlichen Abfallbehältern sogenannte „grüne Mülltonnen“, das heißt gesonderte Altstoffbehälter zur Verfügung zu stellen, wie es vielerorts bereits geschieht. Die Altstoffbehälter werden dann getrennt von den herkömmlichen Abfallbehältern entleert. Dabei ist es sogar denkbar, unterschiedliche kleinere Altstoffbehälter für die jeweils gesonderte Aufnahme verschiedener wiederverwertbarer Stoffe zu verwenden. Ein solches Verfahren verstößt nicht gegen das AbfG oder das LAbfGNW. Denn die Beförderung der Abfälle, insbesondere auch der Altstoffe, bleibt vollständig in der Hand der dazu verpflichteten Gemeinden beziehungsweise Abfallbeseitigungsverbände<sup>30</sup>.

Die Benutzung „grüner Mülltonnen“ neben den üblichen Abfallbehältern, das heißt das Sortieren der Abfälle in verschiedene Behälter kann dem einzelnen Abfallbesitzer sogar durch Satzung aufgrund § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. zwingend auferlegt werden: Zum einen erlaubt § 5 Abs. 1 Satz 3 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 3 LAbfGNW n. F. – wie bereits erwähnt<sup>31</sup> – dem Satzungsgeber, für die öffentliche Abfallbeseitigung insgesamt Anschluß- und Benutzungszwang vorzusehen<sup>32</sup>. Zum anderen gewährt § 5 Abs. 1 Satz 2 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 2 LAbfGNW n. F. den Gemeinden und den Abfallbeseitigungsverbänden freie Hand für die Regelung der Müllabfuhr, gerade auch hinsichtlich der Art und Weise, auf welche die Abfälle vom Abfallbesitzer zu überlassen sind<sup>33</sup>. Diese Gestaltungsfreiheit ist im Lichte des § 3 Abs. 2 Satz 3, Satz 4 AbfG zu sehen. Dort wird die Wiederverwertung als vorrangige Form der Abfallbeseitigung bezeichnet<sup>34</sup>, woraufhin schon das Einsammeln der Abfälle auszurichten ist. Danach läßt sich schon § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F. die Ermächtigung entnehmen, die Abfallbesitzer durch Satzung zur Benutzung verschiedener Abfallbehälter für Altstoffe einerseits und für sonstige Abfälle<sup>35</sup> andererseits anzuhalten. Für die Zukunft ist auch in § 1 LAbfGNW n. F. die Wiederverwertung als vorrangige Form der Abfallentsorgung bezeichnet. Aus § 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. läßt sich so im Vergleich zu § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F. erst recht die Befugnis herauslesen, im Satzungswege Sortierzwang aufzuerlegen. Außerdem bestimmt nunmehr § 2 Abs. 2 LAbfGNW n. F. ausdrücklich, daß Abfälle zum Zwecke der Wiederverwertung auf Verlangen der Gemeinde getrennt zu halten sind; eben dieses Verlangen kann die Gemeinde in ihrer Abfallsatzung ausprechen. Die Mühe des Trennens wiederverwertbarer von anderen Abfällen belastet den einzelnen Abfallbesitzer nicht unangemessen<sup>36</sup>. Dort, wo keine Sortieranlage bei der Abfalldeponie zur Verfügung steht oder kurzfristig eingerichtet werden kann, ist dies die mildeste Form, den Abfallbesitzer in die Pflicht zu nehmen. Ohne die Inanspruchnahme gelänge es nicht, dem gesetzlichen Auftrag entsprechend wiederverwertbare Stoffe weitgehend zu erfassen, ohne die von AbfG und LAbfGNW gesetzten übrigen Forderungen zu übergehen.

Allerdings ist von seiten der Gemeinde beziehungsweise des Abfallbeseitigungsverbandes darauf achtzugeben, daß im Rahmen des den Grundstückseigentümer treffenden Anschlußzwangs die verschiedenen Behälter in zumutbaren Größen angeboten werden – zumal dann, wenn für die wiederverwertbaren Stoffe ihrerseits mehrere unterschiedliche Behälter vorgesehen sind. Insgesamt sollten die Altstoffbehälter und die Behälter für die sonstigen Abfälle<sup>37</sup> nicht unverhältnismäßig mehr Raum beanspruchen als einheitliche Behälter ohne Abfalltrennung. Ein doppelter Raumbedarf etwa dürfte noch vertretbar sein. Der anschließungspflichtige Grundstückseigentümer wird dann nicht unangemessen in der Nutzung seines Grundstücks beschränkt<sup>38</sup>. Die Verwendung nicht zu großer Behälter bringt es mit sich, daß Altstoffe wie sonstige Abfälle genügend häufig abgeholt werden. Zu langes Lagern beim Abfallbesitzer ist so vermieden.

Hinzuweisen bleibt darauf, daß der hier herangezogene § 3 Abs. 2 Satz 3 AbfG den Vorrang der Wiederverwertung vor sonstigen Formen der Entsorgung nicht nur an die soeben dargelegte technische Möglichkeit knüpft, sondern auch an die Zumutbarkeit entstehender Mehrkosten der Abfallbeseitigung und an die Marktgerechtigkeit der Wiederverwertung<sup>39</sup>. Für die Marktgerechtigkeit läßt § 3 Abs. 2 Satz 2 AbfG freilich ausdrücklich genügen, wenn eine Nachfrage nach den wiederzuverwertenden Stoffen erzeugt werden kann. Es stellt daher kein unüberwindbares Hindernis dar, daß zur Zeit etwa Altpapier wegen des großen Angebotes nur schwer kostendeckend oder gar mit Gewinn verkäuflich ist.

Allerdings darf man sich auch keinen Illusionen hingeben. Wiederverwertung kann man technisch nicht unendlich oft betreiben. Beispielsweise ist zu 100 % aus Altpapier herge-

30 Das ist bei den vielerorts zur freiwilligen Benutzung öffentlich aufgestellten Altstoff-Containern hinsichtlich der dort eingeworfenen beziehungsweise der vom Abfallbesitzer für den Einwurf vorgesehenen Gegenstände nicht gegeben. Gleichwohl steht auch dieses Verfahren noch in Einklang mit AbfG und LAbfGNW. Denn die so vorgehenden Gemeinden beziehungsweise Abfallbeseitigungsverbände wälzen damit nicht ihre Einsammlungs- und Beförderungspflicht ab; die Entsorgung auch von Altstoffen im Rahmen der Müllabfuhr bleibt gewährleistet. Immerhin besteht aber auch hier die oben unter g) beschriebene Gefahr der Bildung privater Altstoff-Deponien durch Abfallbesitzer, welche – durchaus in bester Absicht und von dem Wunsch getragen, ein Stück Umweltschutz zu leisten – ihre Altstoffe nicht mehr der Müllabfuhr anvertrauen, dabei aber ihren Willen und ihre Möglichkeiten überschätzen, diese Altstoffe in den erforderlichen kurzen Zeitabständen fortzuschaffen.

31 Siehe oben e).

32 Das von § 19 Abs. 1 GONW in Verbindung mit § 5 Abs. 1 Satz 3, 2. Halbsatz LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 4 LAbfGNW n. F. vorausgesetzte öffentliche Bedürfnis ist regelmäßig gegeben; es liegt in der Notwendigkeit umfassender und einheitlicher Entsorgung.

33 Siehe die Begründung zum Regierungsentwurf des LAbfGNW a. F., in: Landtag Nordrhein-Westfalen, 7. Wahlperiode, Drucksachen, Band 12 (1973), Drucksache 7/2472, zu § 1 Abs. 2 LAbfGNW a. F. (Seite 31) und zu § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F. (Seite 34); ferner OVG NW, a. a. O. (oben Fußnote 6), Seite 45 bzw. Seite 307 bzw. Seite 561; Ph. Kunig, a. a. O. (oben Fußnote 8), Randnummern 13, 17 zu § 3 AbfG.

34 Zum Vorrang der Wiederverwertung siehe P. Tettinger, a. a. O. (oben Fußnote 7) Seiten 44 ff.

35 Von denen gegebenenfalls noch die besonders gefährlichen Abfälle abzuscheiden sind – siehe unten 2.h.

36 Vgl. OVG NW, a. a. O. (oben Fußnote 6), Seite 46 bzw. Seite 308 bzw. Seite 562.

37 Von denen gegebenenfalls die besonders gefährlichen Abfälle wiederum einen eigenen Behälter beanspruchen – siehe unten 2.h.

38 Vgl. OVG NW, a. a. O. (oben Fußnote 6), Seite 46 bzw. Seite 308 bzw. Seite 562.

39 Siehe hierzu P. Tettinger, a. a. O. (oben Fußnote 7), Seiten 45 f.



stelltes Papier wesentlich mürber und brüchiger als es das verwendete Altpapier zuvor selbst war. Die Papierproduktion wird daher immer auf einen gewissen unverzichtbaren, nicht unerheblichen Anteil an „frischen“ Rohstoffen angewiesen sein. Die Aufnahmefähigkeit des Papiermarktes für Altpapier ist dadurch begrenzt. Ähnlich verhält es sich etwa bei der Wiederverwertung von Glas, Kunststoffen oder Metallen. Wegen der unausweichlichen Mischung von Altmaterial ganz unterschiedlicher Beschaffenheit lassen sich bei der Verwendung von Altglas, Altkunststoff oder Altmetall allenfalls durchschnittliche, meist nur unterdurchschnittliche Produkteigenschaften erzielen. Ohne weiteres, bislang unrentables Sortieren, Trennen und Scheiden kann man aus Altglas, Altkunststoff oder Altmetall nur solche Güter herstellen, welche in bezug auf ihr Material verhältnismäßig anspruchslos sind. Auch hier lassen sich die Grenzen des Marktes absehen, und in naher Zukunft ist diesbezüglich keine Änderung zu erwarten.

Einstweilen hingegen dürften für alle Altstoffe noch weite Marktbereiche – und sei es für das Altpapier der Einsatz als Brennstoff – erschließbar sein.

## 2. Zur Mitwirkung des einzelnen bei der Behandlung von Sondermüll und Bauabfällen

### a) Bedürfnis nach besonderer Behandlung von Sondermüll

So, wie unter den Erfordernissen der Schonung von Umwelt und natürlichen Rohstoffvorräten die Wiederverwertung erneut ins Bewußtsein gerückt ist, wird seit einiger Zeit auch in der Praxis die Notwendigkeit erkannt und berücksichtigt, mit besonders gefährlichen Abfällen auch besonders umzugehen.

Nicht allein bestimmte gewerbliche Abfälle wie zum Beispiel diverse Aschen, Stäube, Krätzen, Sände, Schlacken, Schlämme und Lösungen bergen gesteigerte Risiken und können daher nicht einfach unter anderem Müll auf einer gewöhnlichen Deponie gelagert oder in einer gewöhnlichen Verbrennungsanlage vernichtet werden. Vielmehr fallen auch in Haushalten Abfälle an, die mit erhöhter Vorsicht zu behandeln sind. Zu denken ist etwa an Batterien, Spraydosen, Öle, Fette, Farben, Lacke, Klebstoffe, Lösungs-, Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfung- und Arzneimittel. Von diesem Sondermüll drohen bei unsachgemäßer Lagerung oder Verbrennung Gefahren für Erdreich, Grundwasser und Luft und damit für die Gesundheit von Natur und Mensch.

### b) Heranziehung des einzelnen bei der Beseitigung der besonders gefährlichen Abfälle und der Bauabfälle?

Wie im Bereich der Wiederverwertung besteht im allgemeinen auch eine hohe Bereitschaft der Abfallbesitzer, daran mitzuwirken, daß Sondermüll einer sachgemäßen Behandlung zugeführt wird. Die dauerhaft oder in Abständen vorübergehend eingerichteten Sammelstellen für besonders gefährliche Abfälle vor allem aus privaten Haushalten werden freiwillig trotz der damit verbundenen Mühen verhältnismäßig lebhaft in Anspruch genommen. Freilich läßt sich auf diese Weise nur ein kleiner Bruchteil des Sondermülls aus dem Privatbereich erfassen. Wiederum ist aber nicht ohne Grund zu sagen, daß unnötiger Zwang ferngehalten werden muß. Als Beispiel für viele andere Fälle mag hier erneut die Abfallsatzung der Stadt Köln vom 22. 12. 1987<sup>40</sup> dienen. Deren § 13 lautet – gleichfalls in Anlehnung an die Leitfassung des Deutschen Städtetages<sup>41</sup> –:

### § 13 Schadstoffe

Umweltschädliche Schadstoffe enthaltende Abfälle in kleinen Mengen wie verbrauchte Batterien, alte Farben, Lacke, Medikamente, Pflanzenschutz-, Schädlingsbekämpfungs- und Lösungsmittel, Quecksilber sowie Chemikalien sind bei den von der Stadt eingerichteten Sammelstellen abzugeben.

Außerdem wird gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 der Kölner Abfallsatzung in Verbindung mit einer Anlage eine große Anzahl von Stoffen generell von der Abfallentsorgung durch die Stadt Köln ausgeschlossen; hierbei handelt es sich unter anderem um die von der Anlage zu der Verordnung zur Bestimmung von Abfällen nach § 2 Abs. 2 des Abfallbeseitigungsgesetzes vom 24. 5. 1977<sup>42</sup> genannten Abfälle<sup>43</sup>. Diese Verordnung beruht auf § 2 Abs. 2 Satz 2 AbfG, worin die Bundesregierung ermächtigt wird, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung diejenigen Abfälle aus wirtschaftlichen Unternehmen oder aus öffentlichen Einrichtungen zu bestimmen, welche im Sinne von § 2 Abs. 2 Satz 1 AbfG in besonderem Maße gefährträchtig sind. § 3 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 der Kölner Abfallsatzung und die Anlage dazu unterscheiden indes nicht zwischen gewerblichem Abfall beziehungsweise Abfall öffentlicher Einrichtungen und Hausmüll.

Im übrigen schließt § 3 Abs. 2 der Kölner Abfallsatzung generell Erdaushub, Bauschutt sowie Steine vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt Köln aus; gemäß § 3 Abs. 5 der Kölner Abfallsatzung muß der Abfallbesitzer diese Stoffe selbst zur Abfallbeseitigungsanlage verbringen. Dieser Ausschluß ist zwar nicht durch drohende Umweltgefahren veranlaßt und betrifft nicht Sondermüll in diesem Sinne, soll aber hier wegen seiner weiten Verbreitung mitbesprochen werden.

Allen Ausschlüssen gemäß § 3 der Kölner Abfallsatzung hatte der Regierungspräsident Köln am 18. 10. 1987 unter Berufung auf § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LABfGNW a. F. als gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 LABfGNW a. F. zuständige Behörde zugestimmt<sup>44</sup>.

Auch solche kommunalen Vorschriften sind unhaltbar, weil sie gegen Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes verstoßen, was sogleich dargelegt werden soll.

### c) AbfG und LABfGNW

Zunächst ist an die obigen Ausführungen zu erinnern, wonach in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich die kreisfreien Städte und die Kreise, ausnahmsweise Abfallbeseitigungsverbände die Abfallbeseitigungspflicht trifft und dabei das Einsammeln und Befördern den Gemeinden, gegebenenfalls Abfallbeseitigungsverbänden zufällt<sup>45</sup>.

Ebenso ist die oben dargestellte Pflicht der zum Einsammeln und Befördern verpflichteten Körperschaften, die Abfälle mindestens an der Grundstücksgrenze oder doch

40 Siehe oben Fußnote 3.

41 Siehe oben I. b mit Fußnote 4.

42 BGBl. I, Seiten 773 ff.

43 Eine Ausnahme machte man allerdings für die in der Anlage zu der Rechtsverordnung ebenfalls aufgeführten Krankenhausabfälle. Diese werden von der Stadt Köln nach Maßgabe der §§ 3 Abs. 3, 14 Satz 1 Nummer 1 der Kölner Abfallsatzung doch beseitigt.

44 Amtsblatt der Stadt Köln, Nummer 56 vom 30. 12. 1987, Seite 168.

45 Siehe oben I. c.



so nahe am Grundstück, wie es die Verkehrswege erlauben, abzuholen, erneut ins Auge zu fassen<sup>46</sup>.

#### d) Vorrang des Gesetzes

Die aufgrund § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. von den kreisfreien Städten, Kreisen, kreisangehörigen Gemeinden und Abfallbeseitigungsverbänden erlassenen Abfallsatzungen müssen auch bei besonders gefährlichen Abfällen die vom Gesetz festgelegte Beseitigungspflicht der Körperschaften des öffentlichen Rechts beachten. Durch Satzung kann nicht der einzelne Abfallbesitzer als Dritter im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 2 AbfG in die Pflicht genommen werden<sup>47</sup>.

Zu denken ist allerdings an die von § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LAbfGNW a. F./§ 8 LAbfGNW n. F. den beseitigungspflichtigen Körperschaften eingeräumte Möglichkeit, durch Satzung bestimmte Abfälle von der Entsorgung auf allen oder auf einzelnen Stufen auszunehmen und zugleich gemäß § 3 Abs. 4 AbfG, § 5 Abs. 1 Satz 4 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 Satz 5 LAbfGNW n. F. die Beseitigung insgesamt oder auch nur die Beförderung dem Abfallbesitzer zu überantworten<sup>48</sup>.

Wie bereits oben zu den wiederverwertbaren Abfällen ausgeführt<sup>49</sup>, muß man aber nicht aus den Augen verlieren, daß Hausmüll keinesfalls ausgeschlossen werden darf. Auch Sondermüll aus privaten Haushalten unterliegt daher ausnahmslos der gesetzlichen Beseitigungspflicht der Körperschaften des öffentlichen Rechts<sup>50</sup>. Die besonders gefährlichen Abfälle müssen wie die anderen Abfälle bei den privaten Haushalten abgeholt werden, ohne daß Satzungen wirksam Gegenteiliges bestimmen könnten. Nichts anderes ergibt der Umstand, daß eine Reihe in privaten Haushalten anfallender besonders gefährlicher Abfälle in der bereits erwähnten Anlage zu der Verordnung zur Bestimmung von Abfällen nach § 2 Abs. 2 AbfG<sup>51</sup> aufgelistet wird. § 2 Abs. 2 AbfG und die darauf fußende Rechtsverordnung betreffen, wie gesagt<sup>52</sup>, gerade nicht den Hausmüll und sind schon deshalb für Sondermüll aus privaten Haushalten ohne Belang. Allenfalls gewerblich oder sonst außerhalb privater Haushalte anfallende besonders gefährliche Stoffe können nach § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LAbfGNW a. F./§ 8 LAbfGNW n. F. von der öffentlichen Entsorgung ausgenommen werden. Dazu hat man aber sorgfältig zu prüfen, ob die Beseitigung des außerhalb privater Haushalte entstehenden Sondermülls wegen seiner Art oder seiner Menge wirklich nur unter unverhältnismäßigem Aufwand oder gar nicht<sup>53</sup> zusammen mit dem Hausmüll möglich ist. Pauschale Ausschlüsse können danach nicht allen besonders gefährlichen Abfällen gelten, da eine beträchtliche Anzahl solcher Stoffe im Hausmüll ebenfalls vorkommt und auch dort von der öffentlichen Entsorgung bewältigt werden muß. Die Auflistung besonders gefährlicher Abfälle aus wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in der Anlage zu der Rechtsverordnung zu § 2 Abs. 2 AbfG für sich genommen gibt nicht die Befugnis, alle derartigen Abfälle von der öffentlichen Entsorgung auszuschließen, selbst wenn sie tatsächlich aus wirtschaftlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen stammen. Vielmehr werden in der Anlage zu der Rechtsverordnung diejenigen Abfälle aus wirtschaftlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen lediglich benannt, welche gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 AbfG wegen der von ihnen ausgehenden besonderen Umweltgefährdung besonders sorgfältig zu beseitigen sind. Dies schließt natürlich nicht aus, derartige Stoffe zumindest von bestimm-

ten Mengen aufgrund § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LAbfGNW a. F./§ 8 LAbfGNW n. F. von der öffentlichen Entsorgung auszunehmen, soweit sie nicht in privaten Haushalten anfallen<sup>54</sup>.

Ebensowenig wie die besonders umweltgefährdenden Abfälle können generell Erdaushub, Bauschutt oder Steine gemäß § 3 Abs. 3 AbfG, § 4 LAbfGNW a. F./§ 8 LAbfGNW n. F. von der Beseitigung oder auch nur vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen werden. Soweit sich solche Stoffe mengenmäßig und von ihrer Beschaffenheit her im Rahmen des üblicherweise in privaten Haushalten als Folge kleinerer Arbeiten Anfallenden bewegen, müssen sie abgeholt werden.

#### e) Vorbehalt des Gesetzes

Soweit der Abfallbesitzer durch Satzung unter Verstoß gegen AbfG und LAbfGNW<sup>55</sup> zur Beförderung von Sondermüll oder gar zu den weiteren Stufen von dessen Beseitigung herangezogen wird, liegt wie im Falle der wiederverwertbaren Stoffe<sup>56</sup> auch eine Mißachtung des Gesetzesvorbehaltes vor. Denn solche Satzungen sind nicht von § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LAbfGNW n. F. gedeckt, und eine andere Ermächtigungsgrundlage ist nicht gegeben.

Dasselbe gilt für die satzungsmäßige Inpflichtnahme zur Beförderung oder gar zur vollständigen Beseitigung von Erdaushub, Bauschutt und Steinen.

#### f) Zwischenergebnis

Danach können die beseitigungspflichtigen Körperschaften des öffentlichen Rechts Sondermüll aus privaten Haushalten nicht wirksam durch Satzung von der öffentlichen Entsorgung ausschließen; dementsprechend kann der private Abfallbesitzer nicht verpflichtet werden, seine besonders gefährlichen Abfälle zu Sammelstellen zu transportieren.

Außerhalb privater Haushalte anfallender Sondermüll darf nicht ohne weiteres von der Entsorgung ausgenommen werden; vielmehr ist gewissenhaft zu prüfen, was nach Art oder Menge nicht ohne unverhältnismäßigen Mehraufwand zusammen mit

46 Siehe oben I.c.

47 Siehe oben I.d mit Fußnote 18.

48 Allgemein über die Handhabung der Möglichkeit, Sonderabfälle von der Abfallbeseitigung auszunehmen, in Nordrhein-Westfalen siehe §§ 10 ff. LAbfGNW n. F. sowie K. Matthiesen, Das Nordrhein-Westfalen-Modell für Sonderabfallentsorgung und Altlastensanierung, in: NWVBL 1987, 74 ff., und F.-J. Peine, Der Spielraum des Landesgesetzgebers im Abfallrecht, in: NWVBL 1988, 193 ff.

49 Siehe oben I.d.

50 B. Bender/R. Sparwasser, Umweltrecht, Heidelberg 1988, Randnummer 686, E. Franßen, a. a. O. (oben Fußnote 8), Abschnitt IV.2 (Seite 419), sowie Ph. Kunig, a. a. O. (oben Fußnote 8) Randnummer 38 zu § 3 AbfG, zeigen bei der Behandlung von § 3 AbfG zu Recht auf, daß auch Hausmüll vielfach umweltbelastende Bestandteile enthält und gleichwohl vollständig durch die beseitigungspflichtige Körperschaft zu entsorgen ist.

51 Siehe oben 2.b mit Fußnote 42.

52 Siehe oben 2.b.

53 Vgl. oben I.d mit Fußnote 21.

54 Vgl. zur Unzulässigkeit des pauschalen Ausschlusses der in der Anlage zu der zu § 2 Abs. 2 AbfG ergangenen Rechtsverordnung aufgezählten Abfallarten G. Hösel/H. v. Lersner, a. a. O. (oben Fußnote 7), Randnummer 18 zu § 3 AbfG (Stand: Juli 1985). Siehe M. Kloepper, a. a. O. (oben Fußnote 12), Seite 201, dazu, daß regelmäßig Sondermüll im Sinne von § 2 Abs. 2 AbfG zugleich nichtmitbeseitigbaren Müll im Sinne von § 3 Abs. 3 AbfG darstellt.

55 Siehe zuvor d.

56 Siehe oben I.e.

Hausmüll beseitigt werden kann; dabei ist zu bedenken, daß sich auch im Hausmüll eine Vielzahl besonders gefährlicher Abfallstoffe findet, welche von der öffentlichen Hand entsorgt werden müssen.

Ebensowenig können sich die beseitigungspflichtigen Körperschaften durch Satzung des Einsammelns und Beförderns oder gar aller Stufen der Beseitigung von Erdaushub, Bauschutt oder Steinen entheben, soweit diese Stoffe in haushaltsüblichen, kleinen Mengen von haushaltsüblicher oder vergleichbarer Beschaffenheit anfallen.

#### g) Unzweckmäßigkeit einer Heranziehung des einzelnen

Zur Frage der Zweckmäßigkeit, den einzelnen privaten Abfallbesitzern die Beförderung ihres Sondermülls aufzuerlegen, gilt das oben bezüglich der Mitwirkung bei der Wiederverwertung Ausgeführte<sup>57</sup> entsprechend, und zwar in noch viel stärkerem Maße. Es ist verfehlt, die Entsorgung ausgerechnet der besonders heiklen Abfälle auf der ersten Teilstrecke dem einzelnen zu überlassen<sup>58</sup>. In den privaten Haushalten bilden sich mit Gewißheit kleine Sondermüll-Deponien, was ebenso unerträgliche Gefahren wie die unsachgemäße Lagerung in einer echten Abfalldeponie birgt. Die Risiken werden lediglich räumlich von der Abfalldeponie zu den Abfallbesitzern hin verschoben und womöglich erhöht. Nur eine regelmäßige, in nicht zu langen Zeitabständen stattfindende Müllabfuhr kann diese Gefahren auf ein verantwortbares Maß begrenzen. Im übrigen beinhaltet die Abwälzung der Beförderungslast auf die privaten Abfallbesitzer für diese unnötigen Zeitverlust und vermeidbaren Aufwand, für die Allgemeinheit – bei Benutzung von Kraftfahrzeugen durch den einzelnen – nicht erforderliche Umweltbelästigungen und Energievergeudung. Nicht zuletzt ist zu befürchten, daß zahlreiche private Abfallbesitzer sich schlicht um eine ihnen auferlegte Beförderungspflicht (mag sie auch bußgeldbewehrt sein) nicht kümmern und ihren Sondermüll nach wie vor in den übrigen Hausmüll stecken. Dann aber wird das Gegenteil des Bezweckten erreicht – man will ja gewährleisten, daß der Hausmüll gerade frei von Sondermüll ist und damit weniger problematisch behandelt und gelagert werden kann. Dasselbe gilt für den außerhalb von privaten Haushalten anfallenden Sondermüll, soweit er mit dem privaten Sondermüll nach Art und Menge vergleichbar ist.

Überdies sind selbst und gerade bei den gemäß § 3 Abs. 3, Abs. 4 AbfG, §§ 4, 5 Abs. 1 Satz 4 LABfGNW a. F./§§ 8, 9 Abs. 1 Satz 5 LABfGNW n. F. von der Beförderung oder von der öffentlichen Entsorgung insgesamt zulässigerweise ausschließbaren Abfällen Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Überwälzung der Entsorgungspflicht auf der Stufe der Beförderung oder gar auf weiteren Stufen angebracht<sup>59</sup>. Auch insoweit sollten sich die beseitigungspflichtigen und satzungsgesgebenen Körperschaften eine strenge Richtschnur anlegen. Es genügt keinesfalls, sich mit dem Vertrauen auf Leistungskraft und Leistungswillen etwa der gewerblichen Verursacher von Sondermüll zu bescheiden.

Ähnliches – wenngleich längst nicht so kraß – gilt für die Abwälzung der Beförderungslast oder gar der ganzen Entsorgung hinsichtlich von Erdaushub, Bauschutt und Steinen. Der Abfallbesitzer wird sich scheuen, kleinere, haushaltsübliche Mengen von haushaltsüblicher oder ähnlicher Beschaffenheit eigens selbst fortzuschaffen oder eigens einen gewerblichen Fuhrunternehmer damit zu betrauen. Folglich verbleiben diese Mengen in vielen Fällen an Ort und Stelle, was nicht Sinn der Sache sein dürfte. Bei größeren Mengen oder nicht haushaltsüblicher beziehungsweise

vergleichbarer Beschaffenheit läßt sich immerhin der Beförderungs- und auch der völlige Entsorgungsausschluß für den Regelfall damit rechtfertigen, daß die Stoffe mutmaßlich im Rahmen einer von einem wirtschaftlichen Unternehmer durchgeführten Baumaßnahme anfallen und dann ihr Abtransport und ihre Lagerung normalerweise sichergestellt sind.

#### h) Getrennte Abfuhr als Alternative

Als Ausweg bietet sich für den haushaltsüblichen Sondermüll wie für wiederverwertbare Stoffe<sup>59</sup> die Verwendung getrennter Abfallbehälter an. Auch bei dieser Verfahrensweise kann schon der Abfallbesitzer selbst seinen Sondermüll von den übrigen Abfällen abscheiden, und dennoch bleibt die Abfallbeseitigung auf allen Stufen in der Obhut der beseitigungspflichtigen Körperschaften des öffentlichen Rechts<sup>60</sup>.

Die Benutzung gesonderter Behältnisse kann wie im Falle der Altstoffbehälter<sup>61</sup> durch Satzung sogar vorgeschrieben werden. Die den Gemeinden und Abfallbeseitigungsverbänden durch § 5 Abs. 1 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LABfGNW n. F. gewährte Handlungsfreiheit für die Regelung der Gestaltung des Abfalleinsammelns und eines Anschluß- und Benutzungszwangs<sup>62</sup> muß man unter der Vorgabe des § 5 a Abs. 2 LABfGNW a. F./§ 2 Abs. 2 LABfGNW n. F. betrachten. Nach dieser Vorschrift sind auf Verlangen der zuständigen Behörde<sup>63</sup> gesondert zu behandelnde Abfälle getrennt zu halten. Wegen dieses Zusammenhangs läßt sich so wie oben hinsichtlich der wiederverwertbaren Stoffe<sup>64</sup> auch hier bezüglich des Sondermülls § 5 Abs. 1 LABfGNW a. F./§ 9 Abs. 1 LABfGNW n. F. die Ermächtigung entnehmen, die Abfallbesitzer durch Satzung zur Benutzung getrennter Abfallbehälter anzuhalten. Der Gemeinde gesteht § 2 Abs. 2 LABfGNW n. F. im übrigen auch dann die Befugnis zu, Abfalltrennung zu verlangen, wenn sie nicht mit der zuständigen Behörde identisch ist<sup>65</sup>; das Verlangen darf sie gerade auch in ihrer Abfallsatzung äußern. Solange keine zur Ausfilterung von Sondermüll geeignete Sortieranlage bei der Abfalldeponie besteht oder binnen kurzem eingerichtet werden kann, ist eine Heranziehung des einzelnen unausweichlich. Das Trennen der besonders gefährlichen von den sonstigen Abfällen stellt als die mildeste Form der Inanspruchnahme des Abfallbesitzers für diesen keine unangemessene Belastung dar. Dies gilt auch dann, wenn er noch weitere Sortierarbeit leisten muß, um wiederverwertbare Stoffe herauszufiltern<sup>66</sup>. Dabei ist, wie schon zu den Altstoffbehältern gesagt<sup>67</sup>, eine zumutbare Größe der zu

57 Siehe oben I.g.

58 Unter diesem Gesichtspunkt bemängelt P. Tettinger, a. a. O. (oben Fußnote 7), Seite 47, zu Recht schon grundsätzlich die Ausschlußmöglichkeit des § 3 Abs. 3 AbfG.

59 Siehe oben I.h.

60 Für zur freiwilligen Benutzung dauerhaft oder in Abständen vorübergehend eingerichtete Sammelstellen gilt die obige Fußnote 30 entsprechend.

61 Siehe oben I.h.

62 Zur Voraussetzung eines öffentlichen Bedürfnisses nach Anschluß- und Benutzungszwang siehe oben Fußnote 32.

63 Die zuständige Behörde ergibt sich aus § 17 LABfGNW a. F./§ 34 LABfGNW n. F.

64 Siehe oben I.h.

65 Dies ist bei der kreisangehörigen Gemeinde der Fall.

66 Siehe oben I.h.

67 Siehe oben I.h. mit Fußnote 38.

verwendenden Sondermüllbehälter bei angemessener Abfuhrhäufigkeit einzuhalten. Die dergestalt bereits § 5 Abs. 1 LAbfGNW a. F. zu entnehmende Ermächtigung zur zwangsweisen Einführung von getrennten Sondermüllbehältern ruhte unter der Geltung des LAbfGNW a. F. auch nicht etwa so lange, bis die (nicht mit dem Satzungsgeber identische) zuständige Behörde gemäß § 5 a Abs. 2 LAbfGNW a. F. ihr Verlangen nach getrenntem Einsammeln und Befördern aussprach. Denn das Verlangen der zuständigen Behörde war vorgesehen, um die Einführung getrennten Einsammelns und Beförderns im Interesse sachgerechter Abfallbehandlung und -lagerung nötigenfalls zu beschleunigen, nicht um sie einer aufsichtlichen Vorprüfung zu unterwerfen. Entsprechendes gilt nach der Neufassung des LAbfGNW für die an den Abfallbeseitigungsverband (Abfallentsorgungsverband) gerichtete Satzungsermächtigung; es muß nicht zugewartet werden, bis die Gemeinde oder die untere Abfallwirtschaftsbehörde gemäß § 2 Abs. 2 LAbfGNW n. F. das Verlangen der Abfalltrennung ausgesprochen hat; soweit die Gemeinde die Abfälle einsammelt, stellt sich diese Frage schon deswegen nicht mehr, weil § 2 Abs. 2 LAbfGNW n. F. ihr eine eigene Befugnis gibt, Abfalltrennung zu verlangen.

Im Bereich des nach Art oder Menge nicht mehr haushaltsüblichen oder vergleichbaren Sondermülls kann an die Satzungsgeber nur die Mahnung gerichtet werden, nicht zu leichtfertig von der Ausschlußmöglichkeit nach § 3 Abs. 3, Abs. 4 AbfG, §§ 4, 5 Abs. 1 Satz 4 LAbfGNW a. F., jetzt §§ 8, 9 Abs. 1 Satz 5 LAbfGNW n. F. Gebrauch zu machen. Denn ein solcher Ausschluß bewältigt nicht die sachliche Notwendigkeit, mit derartigen Abfällen fertig zu werden; irgendwo müssen sie bleiben. Vielfach läßt es sich vorstellen, deren Abfuhr im Rahmen einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Abfallbesitzer regelmäßig oder auf Anmeldung des Abfallbesitzers im Einzelfall vorzunehmen. Die jeweiligen Abholtermine können dann so gelegt werden, daß sich wirtschaftlich sinnvolle Fahrrouten bei Auslastung der Transportfahrzeuge und des Bedienungspersonals ergeben. Ein System des Abholens auf Anmeldung im Einzelfall praktiziert zum Beispiel mit Erfolg seit Jahren die Stadt Köln hinsichtlich sperriger Abfälle aus privaten Haushalten. Die schriftliche oder fernmündliche Meldung bedeutet keine unverhältnismäßige Mitwirkungslast des einzelnen.

Auch für Erdaushub, Bauschutt und Steine ist in Erwägung zu ziehen, diese Stoffe aufgrund besonderer Vereinbarung regelmäßig oder auf Anmeldung im Einzelfall hin abzuholen.

### 3. Gesamtergebnis

Die zur Abfallbeseitigung verpflichteten Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nicht befugt, unter dem Vorwand des Umweltschutzes durch Satzung den einzelnen Abfallbesitzern generell die Beförderung bestimmter Abfälle auch nur auf einer Teilstrecke oder gar deren Entsorgung insgesamt aufzutragen.

Vielmehr müssen sie aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages auch wiederverwertbare und besonders gefährliche Stoffe sowie Abfälle aus Baumaßnahmen beim Abfallbesitzer abholen.

Von der Ausschlußmöglichkeit nach § 3 Abs. 3, Abs. 4 AbfG, §§ 4, 5 Abs. 1 Satz 4 LAbfGNW a. F., jetzt §§ 8, 9 Abs. 1 Satz 5 LAbfGNW n. F., bezüglich der den Rahmen von Hausmüll sprengenden Abfälle ist nur ausnahmsweise Gebrauch zu machen.